

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Finanzpolitik

10. Juli 2014

Tobias Koch, Dr. Heiner Garg und Torge Schmidt: Oppositionsfraktionen fordern gemeinsam 400 Lehrerstellen zum kommenden Schuljahr

Die drei Oppositionsfraktionen von CDU, FDP und Piraten beantragen für die morgige (11. Juli 2014) Beratung über den Nachtragshaushalt gemeinsam die Bewilligung von 400 Lehrerstellen, die noch zum kommenden Schuljahr die dramatische Unterrichtssituation an Schleswig-Holsteins Schulen abmildern sollen. Das gaben die finanzpolitischen Sprecher Tobias Koch (CDU), Dr. Heiner Garg (FDP) und Torge Schmidt (Piraten) heute (10. Juli 2014) bekannt.

„Die rot/grün/blauen Bildungsreformen haben den ohnehin hohen Unterrichtsausfall im Land noch einmal verschärft. Die von den Regierungsfractionen vorgesehenen 228 Lehrerstellen reichen dafür nicht im Ansatz aus“, begründeten Koch, Garg und Schmidt ihren Antrag. Die Oppositionsfraktionen kündigten darüber hinaus eine namentliche Abstimmung über diesen Antrag an.

„Wir halten es für verantwortungslos, dass SPD, Grüne und SSW angesichts von 700 Millionen Euro Mehrausgaben im Vergleich zu 2012 bei diesem massiven Unterrichtsausfall nur 228 Lehrerstellen bewilligen wollen. Dazu soll

Pressesprecher
Dirk Hundertmark
Landeshaus, 24105 Kiel
Telefon: 0431 988-1440
Telefax: 0431-988-1443
E-Mail: info@cdu.ltsh.de
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Pressesprecher
Dr. Klaus Weber
Postfach 7121, 24171 Kiel
Telefon 0431 988-1488
Telefax 0431 988-1497
E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de
Internet: <http://www.fdp-fraktion-sh.de>

Pressesprecher
Mario Tants
Postfach 7121, 24171 Kiel
Telefon 0431 988-1603
Telefax 0431 988-1602
E-Mail: mario.tants@piratenfraktion-sh.de
Internet: <http://www.piratenfraktion-sh.de>

jeder einzelne Regierungsabgeordnete mit seinem Namen stehen“, betonten die drei Abgeordneten.

Deutlich werde daraus auch, dass die derzeitig von der Landesregierung großflächig geschaltete Anzeigenkampagne von angeblich 728 „neuen“ Stellen für Lehrer in Schleswig-Holstein nicht der Wahrheit entspreche.

Der Antrag der Oppositionsfraktionen sieht vor, dass die Stellen auf der Grundlage einer durch das Ministerium noch zu erstellenden Bedarfsanalyse auf Gymnasien, Gemeinschaftsschulen, Grundschulen, Förderschulen, Regionalschulen und Berufsbildende Schulen verteilt werden.

„Damit geben wir nicht nur mehr Stellen an die Schulen, als die Regierungsfractionen. Es werden auch alle Schultypen abhängig vom Bedarf bedacht“, so die Finanzpolitiker.